

Israel und Palästina im Sicherheitsrat

Brücken in die Zukunft

von Timothy Newmann der London Times

Für die Lösung des Nahostkonflikts haben sich neue Perspektiven ergeben. Der US-Delegierte im SPUN-Sicherheitsrat legte in seinem Resolutionsentwurf "Zur Situation im Nahen Osten" weitreichende Kompromissvorschläge für die Annäherung zwischen den Regierungen Israels und Palästinas vor.

Erstmals in der amerikanischen Außenpolitik unter Bush wurde nicht nur das Ende der palästinensischen Attentate, sondern auch ein Stopp der israelischen Siedlungspolitik gefordert. Im Kampf gegen den Terror und bei der Entwaffnung von Extremistengruppen soll die palästinensische Autonomiebehörde

(PA) "finanziell, fachlich und personell" unterstützt werden. Ebenfalls soll die Behinderung durch die israelischen Behörden aufhören.

Neuwahlen seien allerdings unerlässlich; die bereits für Februar angesetzten Wahlen sollen unter UN-Aufsicht durchgeführt werden.

Diese überraschende Kehrtwende in der Nahostpolitik der Bush-Administration (bisher wurde eine Zusammenarbeit oder Unterstützung der PA abgelehnt, solange Jassir Arafat Präsident ist) weist den Weg in die Zukunft für die

(Fortsetzung auf Seite 6)



Palästina kritisiert Israels Politik im SR

Some things never change...

von Effi Rosenberg der Ha'aretz

...andere dagegen tun eben dies, und zwar genau dann, wenn man es am wenigsten erwartet. Nicht nur, dass die Europäischen Staaten und die Mitglieder der Arabischen Liga ihre eher antiisraelische Haltung auch auf dieser SPUN-Sitzungswoche fortgeführt haben - jetzt haben anscheinend auch noch die Vereinigten Staaten von Amerika ihre ehemals israelfreundliche Politik überdacht.

Die kleine wackere Demokratie im Nahen Osten hat somit ihren einzigen Verbündeten bei den Vereinten Nationen verloren. Im Kampf für die Anerkennung

ihrer Rechte und die Sicherheit ihrer Bürger hat Israel einen herben Rückschlag einstecken müssen. Nach nunmehr über 20 Monaten blutigem Terror auf den Straßen des jüdischen Staates verlässt auch das letzte aufrichtige Land seinen ehemaligen Verbündeten. Während die Mütter des Landes weiterhin um das Leben ihrer Kinder bangen müssen, das soziale Leben seit Monaten in Totenangst verharret und die Delegierten bei SPUN alles daran setzen, die Welt auf die Bedrohung durch den Terrorismus aufmerksam zu machen,

(Fortsetzung auf Seite 7)

Inhalt:

Israel und Palästina im Sicherheitsrat	S. 1
Sexualstraftaten in Bosnien	S. 2
Wie krank ist unsere Welt?	S. 3
Skandal in der AK	S. 3
Bildungsprobleme in der MK	S. 4
Die SoKo für Enthalsamkeit	S. 5
Erklärung zu Streubomben	S. 6
Nachrichten aus aller Welt	S. 8

Impressum:

Herausgeber: SPUNited Presstteam
 V.i.S.d.P.: Alex Rosen, alex@spun.de
 Audiovisuelle Präsentation: Stefan Buchheit
 Redakteure: Tim Nover, Tim Ziegler, Golnar Ghanbari, Marcin Olszówy, Alex Rosen

Vielen Dank an alle Helfer und Nachtfalter



UN-Soldaten begingen Sexualstraftaten

Eine neue Meldung wirft wieder einen großen Schatten auf das Thema ICC und die in diesem Zusammenhang von den USA geforderte Immunität ihrer Soldaten. Ein ehemaliges Mitglied der US-Streitkräfte hat Klage gegen das Vertragsunternehmen des Pentagons, DynCrop eingereicht. Gegenstand der Anklage des Flugzeugschlossers Ben Johnston ist sein "unrechtmäßiger Rauswurf". Nach eigenen Recherchen hatte der Ex-Soldat im Februar 2000 eine interne Anzeige aufgegeben. Der Vorwurf: UN-Soldaten sollen in Bosnien sexuelle Straftaten begangen haben.

Diesen Vorwurf hat er in mehreren Fällen recherchiert und zum Beweis geführt. Darauf hin wurde Johnston im Mai 2000 entlassen und das Unternehmen DynCrop strengte nun einen Schadensersatz-Prozess vor dem Bundesgericht in Texas an, in dem die Geschäftsleitung behauptete, dass vielmehr der heute 31-jährige selbst in Prostitutionsgeschäfte verwickelt sei.

Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens ist der Fall exemplarisch für die momentane Situation bezüglich der Entscheidung über die Immunität von UN-Soldaten, insbesondere amerikanischer, vor dem ICC. Nach viermonatigen Recherchen des Fernsehsenders MS-NBC kam in einem ausgestrahlten Bericht zu Tage, dass, wo immer NATO-Truppen, Blauhelme und andere Einheiten stationiert sind, die Zwangsprostitution und der Frauenhandel boomen. Ganz offen besuchten Hunderte der rund 60.000, auf dem Balkan stationierten, NATO-Soldaten die zahllosen Bordelle berichtet MS-NBC im Mai diesen Jahres.

Speziell das ausgestrahlte Interview einer 19 Jahre jungen Moldawieren namens Olga erschütterte die Fernsehzuschauer. Wie sie erzählte, wurde sie im mazedonischen Velesta mehrmals täglich geschlagen und vergewaltigt. "Mir wurde versprochen, dass ich nach Italien komme. Meine Mutter denkt bis heute noch, dass ich dort bin." Weiterhin beschrieb sie, wie oft sie geschlagen wurde und das ihr vor einigen Wochen ein Freier in die Brust



UN-Soldaten im Visir übler Verdächtigungen

gebissen hatte: "Die Wunde ist immer noch infiziert, da ich keine Möglichkeit habe, die Wunde zu reinigen. Wir leben hier unter schrecklichen Bedingungen, ohne Dusche, zu elft in einem Zimmer. Es sind hier auch noch einige viel jünger als ich, die ebenfalls mehrmals am Tag missbraucht werden. Als ich hier angekommen bin, zwang mich der Besitzer die Toilette mit der Zunge sauber zu lecken." Mehr als zehn Freier habe sie am Tag und weil viele davon europäische oder amerikanische NATO- oder UNO-Soldaten seien, traue sie sich nicht, jemanden um Hilfe zu bitten. Olga hat sich schon fast aufgegeben und will nach eigenen Angaben nur noch sterben.

Experten vermuten, dass es schätzungsweise noch 200.000 Frauen pro Jahr so geht wie Olga, die unter falschen Versprechungen mit Gewalt verschleppt werden. In Bosnien-Herzegowina und Mazedonien schätzen Hilfsorganisationen die Zahl der entführten Frauen auf etwa 5000. Dass die Soldaten und internationalen Polizeitruppen den größten Markt für den Sexhandel stellen ist bekannt.

Dank Johnston und der früheren UN-Polizistin Kathryn Bolkovac, die aus ähnlichen Gründen in Großbritannien gegen DynCrop prozessiert, werden nun jedoch auch die bislang kaum kontrollierten privaten militärischen Vertragsfirmen offiziell beschuldigt. Dennoch wurde bislang noch niemand zur Rechenschaft gezogen, egal ob Frauen für

600 bis 4000 US-Dollar als "persönlicher Besitz eingekauft", Minderjährige zum Sex gezwungen oder mit Waffen gehandelt wurden. Nicht einmal jene Europäer und Amerikaner, gegen die die bosnische Polizei Beweise gesammelt hatte wurden bisher behelligt.

Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, dass, sobald die Armee oder Vertragsfirmen von Gesetzesbrüchen erfuhren, Soldaten und Angestellte suspendiert oder entlassen und nach Hause geschickt wurden, wo sie nicht mehr belangt werden können. Die örtlichen Behörden sind zwar offiziell zuständig aber machtlos – wie zuletzt im Fall von DynCrop.

Ob der, am 1. Juli eröffnete Internationale Strafgerichtshof in Den Haag diese Lücke füllen kann ist umstritten. Ungeachtet dessen gibt es aber momentan ein Klima der kompletten Strafflosigkeit und selbst ohne Ablehnung durch die Bush-Regierung würde das Strafgericht wohl solche Fälle wie die DynCrop-Prozesse nicht verfolgen, weil es sich mehr auf Verbrechen größeren Maßstabs wie Völkermord konzentrieren wird. Auf lange Sicht gesehen könnte das Weltgericht aber sehr wohl zur zuständigen Instanz werden. Bis Mitte Juli will die US-Regierung die Immunität für amerikanische Staatsbürger vor dem Weltgericht durchsetzen. Durch Medienberichte könnte der Widerstand gegen den Den Haager Gerichtshof aber auch innenpolitisch peinlich werden. Andererseits versichern die EU-Regierungen immer wieder, dass kein Amerikaner je vor dem Weltgericht angeklagt werde, weil die US-Justiz selbst gut genug gegen Straftaten vorgehen könne, die von US-Bürgern begangen werden. Es trifft offenbar jedoch eher das Gegenteil zu, wie man im Falle DynCrop feststellen muss. Die US-Gerichte sind für Verbrechen während eines UN-Einsatzes nicht zuständig und die örtlichen Behörden in Ländern wie Bosnien oder Afghanistan sind machtlos, überfordert, unwillig oder korrupt. Den Haag könnte eine Lösung sein – und das nicht nur für die USA.



Wie krank ist unsere Welt?

Wer der Überzeugung war, der Terrorismus hat sich mit dem Zerfall der deutschen RAF oder terroristischer Vereinigungen anderer Länder von dieser Welt verabschiedet, weiß spätestens seit dem vergangenen Herbst, dass dies nicht der Realität entspricht.

Blicken wir um uns und betrachten die Welt in welcher wir leben, so sehen wir amoklaufende Schüler in den USA und Deutschland, Bombenattentate auf Moscheen und Synagogen und eine Fülle von Trittbrettfahrern, die die Angst der allgemeinen Bevölkerung schamlos ausnutzt. Der eine oder andere mag sich im Laufe der Zeit an solche Meldungen gewöhnt haben, doch hoffe ich sehr, dass die Mehrheit dies nicht als Alltagserscheinung des 21. Jahrhunderts abstempelt, sondern sich fragt, in was für einer Welt man heute lebt. Die globalen

Ereignisse als solche zu akzeptieren ist falsch. Alle Schuld auf PC-Spiele oder Videos zu schieben ist ebenfalls nicht richtig.

Eine Passivität, welche sich durch Betrachten und anschließendes *Nicht-Handeln* ergibt, wird lediglich zur Folge haben, dass es eine Frage der Zeit ist, wann der Einzelne auch in einer friedlichen, bislang verschonten Region Angst um seiner selbst bekommen wird. Es gilt jetzt Wege zu schaffen, die Gewalt, verursacht durch Dummheit, zu beseitigen.

Eine wichtige Frage, die sich hierbei uns stellt ist, ob all dies durch rationale Gesetze und Zensuren im Bereich der Waffengesetze oder TV und PC möglich ist, oder man an anderer Stelle ansetzen sollte.

Welche Bedeutung hat beispielsweise kulturelle Bildung, die Förderung zwischenmenschlicher Beziehungen und die Möglichkeiten sich zu verwirklichen? Sicherlich spielt hierbei auch das in der Menschenrechtskommission bearbeitetes Thema: "Menschenrecht auf Bildung" eine wichtige Rolle.

Wie eine Verbesserung der Bildung und der Erziehung zu erreichen ist, mag mit Sicherheit eine Diskussion innerhalb der einen oder anderen Delegation Wert sein und es wäre durchaus hilfreich, dies auch zu tun.

*Lorenz Pöllmann,
Delegation Paraguay in der AK*

Skandal in der AK!

Die Abrüstungskommission entpuppte sich als durchaus . . . verwirrend. Interessant war die Tatsache, dass sich Israel nur sporadisch an der Debatte beteiligte, woran auch Palästinas Bitte "Wir verlangen, dass Israel eine Stellung dazu nimmt." nichts ändern konnte. Dabei ging es speziell um die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten. Dieser unglückliche Zustand wurde jedoch durch die rege Beteiligung der USA und zwischenzeitlich auch Malta wieder wett gemacht. Nachdem Palästina die letzten Absätze freiwillig aufgegeben hatte (dem Delegierten war wohl bewusst, dass die Absätze keine Mehrheit finden würden), fiel auf, dass sich die Resolution irgendwie vom Thema Abrüstung entfernt hatte. Nach einiger Zeit meldete sich auch der Vorsitz zu Wort: "Wir sind hier in der Abrüstungskommission. Es geht hier nicht um die Gründung eines neuen Staates."

Worauf sogar Palästina unter leichtem Gelächter ein "Da haben Sie vollkommen recht!" in den Saal warf. Kurze Zeit später

versuchte er zu retten, was zu retten war: Er schlug das Einfügen eines neuen Absatzes vor, deren Inhalt mit Abrüstung in Zusammenhang gebracht werden konnte. Er konnte sich selbst das Lachen nicht verkneifen als er seinen Vorschlag mit "Da hätten wir nämlich den Aspekt der Abrüstung!" kommentierte, was natürlich ein allgemeines Gelächter zur Folge hatte.

Und während im Hintergrund das sanfte Plätschern von Mineralwasser zu hören war, griff Andorra fleißig Irak an. Dieser brachte sich durch ein paar Äußerungen um Kopf und Kragen: sei es durch mehrmalige Anträge auf Widerruf der Entscheidung des Vorsitzes oder sein Ausruf "So etwas pragmatisches kann uns doch nicht beeindrucken!", welches übrigens durch ein lautes "DOCH!" beantwortet wurde.

Da sprach der irakische Delegierte auch noch von der "demokratischen Republik Irak" und sein Aufruf: "Wir müssen die Resolution kippen!" hatte ein entrüstetes

"Neiiiiin!" vom Einbringer Palästina zur Folge. Dieser fragte kurze Zeit später: "Besteht der Wunsch, die Überschrift der Resolution zu ändern?". Ein "Neiiiiin!" diesmal von seinem Nachbar Paraguay war die Folge. Die Debatte drehte sich nun endgültig darum, was mit der inzwischen fast vollständig bearbeiteten Resolution gemacht werden soll, bzw. dass sich die Resolution von der eigentlichen Funktion der Kommission entfernt hatte. Auch hierbei vertrat der Irak vehement diese Meinung.

An dieser Stelle lief die Diskussion Gefahr, unproduktiv zu werden. Daraufhin wurde der stellvertretende Generalsekretär Mathias Lindner hinzugezogen und brachte durch einige Vorschläge die Wende. Die Delegierten einigten sich darauf, die Resolution zu verabschieden und an den Sicherheitsrat weiter zu leiten. Da half auch kein empörter Faustschlag Bosniens auf den Tisch. Und erst recht nicht sein leider untergegangener Ruf "Skandal!".

GG



Bildung für Schwellen- und Entwicklungsländer

Die Menschenrechtskommission behandelte, am ersten Tag ihrer Zusammenkunft in der diesjährigen Sitzungsperiode, einen Resolutionsentwurf zur Gewährleistung einer vernünftigen Bildung für Kinder in Schwellen- und Entwicklungsländern. Der durch Malaysia eingebrachte Entwurf, bot eine vorzügliche Grundlage für fruchtbare Diskussionen an der sich alle Länder konstruktiv beteiligten.



Das Double-U der MK

Inhaltlich schienen die Absätze für die größere Anzahl von Ländern durchaus vertretbar - das machte sich auch dadurch bemerkbar, daß ein Großteil der Absätze bereits nach relativ kurzer Debatte ohne grössere Änderungen übernommen werden konnte. Die Delegierten waren sich darüber einig, daß Bildung Gewalt und Fanatismus mindere und kritisches Denken, Toleranz und Frieden in der Welt fördere. Kern der operativen Absätze war unter anderem die Nahelegung des 'Komitee zur Förderung ländlicher Regionen in Bangladesch' auf andere Länder auszuweiten, denn dadurch würde es den Eltern, die mit ihren Kindern auf den Feldern arbeiten müssen, um ihre Familien am Leben zu erhalten, ermöglicht werden zu bestimmen zu welcher Tageszeit ihre Kinder drei (oder auch fünf...) Stunden

pro Tag zur Schule geschickt würden. Die Förderung von Mädchen sollte dabei besonders stark fokussiert werden. Wegen der überkonfessionell und interkontinental vorherrschenden Einigkeit witterte der Irak die Gunst der Stunde, scheiterte jedoch mit seinem Änderungsantrag, welcher forderte daß man doch endlich einsehen solle, daß 'wie auch immer gehandhabte Handelsembargos und Boykotte gegen Staaten es diesen unmöglich machen ihre Bildung voranzutreiben'. Lediglich das Einbringerland selbst der Sudan und Nordkorea waren davon überzeugt, daß dies auf keinen Fall in der Resolution fehlen dürfe. Auch Nordkorea gelang es nicht eine Mehrheit davon zu überzeugen, daß der 'Kommunismus der einzige Weg aus der weltweiten Bildungsmisere' sei.

Trotz der vorzüglichen nordkoreanisch-kommunistischen Bildung, vergaß der Delegierte dieses Landes vergaß bei Gelegenheit die Amtssprache zu sprechen und machte mit den Lauten 'Oooaaa eeeiii' (Anm. d. Red.: vermutlich Koreanisch) darauf aufmerksam, daß er einen persönlichen Antrag stellen möchte. Den Satz 'Entschuldigen Sie bitte mein Fehlverhalten' konnte er aber mehrmals einwandfrei aufsagen und obwohl er nicht allen Absätzen vorbehaltlos gegenüberstand, stellte er zwischendurch auch mal erfreut fest daß dies genau dem entspreche was 'damals schon von den großen kommunistischen Führern versprochen wurde'. Für kleineres Aufsehen sorgte die Erklärung des Vorsitzes, daß NGO's nicht mehr an den Abstimmungen teilnehmen dürften - dies sei vom Generalsekretär bestätigt worden. Sofort tauchte der Verdacht auf, der Vorsitz tue dies aus taktischen Gründen, um gewisse Länder zu bevorzugen. Dank der fundierten GO-Kenntnisse des Vorsitzes, der nicht nur durch sein attraktives Erscheinungsbild, sondern auch durch eine sichere Kommissionsleitung glänzte, konnte dieser Vorwurf aber schnell wieder entkräftigt werden.

MO

Stilblüten

Singapur im SR: "Ich denke mir wir sind hier alle Menschen, wir haben alle Eltern"

Palästina im SR (während seiner Befragung): "Israelische Soldaten (...) haben rund 800 Männer dazu gebracht ihre Oberkörper frei zu machen."

Palästina als Gastredner im SR: "In Dschenin wurden Männer, Frauen, Kinder und *sogar* Tiere hingerichtet!"

China in der SoKo: "Da China ein sehr stolzes Land ist, werden wir die Resolution an den Sicherheitsrat weiterleiten und hoffen, dass sie durch ein VETO flachgelegt wird."

USA in der SoKo: "Dieser Absatz ist Humbug, totaler Humbug!"

Vorsitzender der MK: "Ich höre irgend jemanden reden, ich weiß nur nicht wen."
Nigeria darauf: "So fängt's an."

Russland im AK: "Ich habe einen Beleg genau von --- keine Ahnung wann..."

Änderungsantrag **Bangladeshs in der MK:** "...fordert die Staaten auf, Kinderarbeit durch eingreifende Massnahmen zu verbessern."

Stellvertretender Vorsitz des WiSo: "Besteigen wir nun unseren Vorsitz."

Die Sonderkonferenz für Enthaltensamkeit

Verheißungsvoll war der Beginn der Debatte um die Wasserversorgung im Nahen Osten nicht gerade. Auf die Aufforderung des Vorsitzenden " nun zu der Debatte über die Resolution als ganzes.", meldete sich erstaunlicherweise nur der FGS. Die anfänglich noch verhaltenen Argumente und Positionen wurden jedoch von Minute zu Minute deutlicher: bereits nach einer halben Stunde war der Weg der morgendlichen Diskussion vorsehbar: ein Machtkampf zwischen Palästina, Irak, Syrien, Saudi-Arabien und Israel.

Kaum war das letzte Wort des Vorsitzenden gesprochen ("Wir kommen nun zu dem Redebeiträgen...") schellten die Schilder der nun bekannten Länder hoch. Palästina, das Wasser als "politisches Druckmittel zum Erzwingen der eigenen Politik Israels" bezeichnete, erhielt ein schlichtes "Nein!" seitens Israel. Palästina entgegnete daraufhin nur noch lakonisch "Oh, wie ausführlich!".

Israel wurde kurze Zeit später mit dem Vorwurf konfrontiert, dass sie "auf fremden Kosten ihre Industrie finanzieren" würden. Israel konterte sofort mit einer Statistik: " Der Wasserbedarf in der Landwirtschaft ist allgemein um



Eine Rede in der SoKo

2/3 gestiegen. Wir jedoch haben unseren Bedarf um 17 % gesenkt."

Der Schlagabtausch wurde von Zeit zu Zeit auch durch die USA belebt: Sie warf Palästina eine "Doppelmoral" vor, woraufhin sofort von "Unterstellung" und "Mutmaßung" die Rede war.

Empört über das Wort "strategisch", welches als "zu kriegerisch" bezeichnet wurde, fand sich Israel in einer Abstimmung mit der einzigen Ja-Stimme wieder (was natürlich in den Gesichtern der politischen "Gegner" ein schadenfrohes Lächeln verursachte).

Sichtbarer Unmut war nach ca. 1 ½ Stunden bei einigen Delegierten zu verzeichnen: Jene, die nicht von der

Problematik betroffen waren, drängten auf einen schnellen Abschluss der Resolution. Anzeichen dafür war z.B. die mehrmalige Bitte Äthiopiens um eine vorzeitige Abstimmung. Nach einer rekordverdächtigen Anzahl von 27 Enthaltungen griff der Vorsitz jedoch ein und bat um mehr Redebeiträge durch andere Nationen. Trotz der leider immer noch zurückhaltenden Beteiligung einiger Länder, wie z.B. der Türkei (deren Politik sogar in zwei Absätzen explizit angegriffen wurde), wurde dieser Bitte Folge getragen. So versuchte u.a. auch Ägypten seine Position darzustellen und durch konstruktive Änderungsvorschläge die Diskussion zu beleben.

So fand trotz der oftmals allgemeinen Erheiterung, die u.a. durch Saudi-Arabien verursacht wurde ("Ich möchte Israel darüber aufklären, dass Eigenlob stinkt!"), fand dennoch eine durchaus produktive Debatte statt, so dass die Resolution pünktlich zum Mittagessen verabschiedet wurde.

Zum Schluss noch überaus ergreifende Bilder: Palästina und Saudi-Arabien fielen sich nach der Debatte spontan in den Armen und beglückwünschten sich gegenseitig zu ihrer Leistung. GG

Stilblüten

Vorsitzende der AK: "Paraguay, haben sie nicht eben noch dafür gestimmt?"

Paraguay: "Oh, entschuldigen sie. Mein Hintern ist eingeschlafen."

Palästina in der SoKo: "Also O.K... wir finden Terroristen auch nicht gut."

Andorra in der AK: "Man hätte im Golfkrieg damals gleich bis Belgrad durchmarschieren sollen."

Bosnien im AK: "Die Zusammenarbeit zwischen den paramilitärischen Einheiten und den betroffenen Ländern hatte fast immer Erfolg – öfters – na gut, ab und zu – also selten."

Vorsitzende der AK
„Entschuldigung, dass wir Spaß hatten.“

Christoph über die anscheinend unentschlossene Sonderkonferenz
"Das ist die SoKo für Enthaltungen"

Generalsekretär Ben Bommert nach einem Anruf aus der SoKo:
"Ich geh mal schnell das AIDS-Problem lösen."

Nach dutzenden von Änderungsanträgen von Kuba...:

Nigeria in WS: "Gibt es noch weitere Änderungsanträge von Kuba?"

VS: "Nein."

Kuba: "Das kann nicht sein!"

Nigeria: "Doch, ich hab den Postboten umgebracht!"



(Fortsetzung von S. 1)

krisengeschüttelte Region. Die Bush-Administration hat endlich die Zeichen der Zeit erkannt und mit einer finanziellen Unterstützung der PA eine effektivere Bekämpfung des Terrors durch die palästinensischen Behörden möglich gemacht. Ohne eine entsprechende Infrastruktur, die ja bekanntermaßen von den Israelis systematisch zerstört wurde, könne es keine kontrollierte Entwaffnung der Terrorgruppen geben, betonte der Vertreter Palästinas vor dem Sicherheitsrat.



Palästina hört sich Israels Rede an

Auch die Ablehnung einer Fortsetzung der israelischen Siedlungspolitik ist ein längst überfälliger Schritt auf dem langen Weg zum Frieden, sind es doch insbesondere die heftigen Konflikte

zwischen Palästinensern und jüdischen Siedlern im Westjordanland, die den schwelenden Konflikt immer wieder neu aufflammen lassen.

Alles in allem ein historischer Schritt auf dem Weg zur friedlichen Koexistenz zweier Völker, die beide schon so lange den Frieden herbeisehnen. Dementsprechend erleichtert zeigte sich der amerikanische Delegierte nach dem Abstimmungsergebnis: die Resolution wurde einstimmig angenommen, obwohl es vorher schwere Zerwürfnisse mit dem Repräsentanten Russlands gegeben hatte, dem der neue pro-palästinensische Kurs der USA nicht weit genug ging. Russland hatte sein Veto angedroht, sollte Israel nicht scharf genug kritisiert werden. Dennoch weigerten sich die USA, eine Resolution der AK durch zu lassen, die UN-Truppen nach Israel gesandt hätte und setzte sein Veto gegen diese Resolution ein.

Erklärung zu Streubomben

1. Alle unterzeichnenden Staaten erklären sich dafür bereit, den Schaden an der Zivilbevölkerung durch alle Waffensysteme so gering wie möglich zu halten;
2. Alle unterzeichnenden Staaten werden in Zukunft an der Verbesserung der Zielgenauigkeit von so genannten „Streubomben“ arbeiten;
3. Alle unterzeichnenden Staaten werden mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln an der Reduzierung von Fehl- bzw. Nichtzündungen einzelner Sprengköpfe arbeiten.
4. Alle unterzeichnenden Staaten werden die Kennzeichnung der Sprengköpfe so verbessern, dass für jeden Menschen der im Zielgebiet lebt, die Gefahr, die durch die nicht detonierten Sprengköpfe ausgeht, sofort deutlich wird.

Vereinigte Staaten von Amerika

Abraham D. N. Ba

Russische Föderation

D. Passa

Großbritannien

John V. ...

VR China

... ..

Bundesrepublik Deutschland

Stefan ...



(Fortsetzung von S. 1)

ernnten die Vertreter eben derjenigen Länder, die diesen Terror ausüben und damit nicht nur Israel, sondern auch den Rest der westlichen Welt bedrohen, Beifall in sämtlichen Ausschüssen. Sie werfen Israels Armee und Regierung Staatsterrorismus vor und freuen sich über die unkritische Haltung der Europäer und anderer Verfechter der Menschenrechte.

Während der Debatte im Sicherheitsrat, bei der es um die amerikanische Resolution ging, die Israels Politik verdammt und einen Kurswechsel in Bushs Nahostpolitik einleitete, kam es wiederholt zu schweren Anschuldigungen gegen Israel, so dass nach einiger Zeit beschlossen wurde, Gesandte der palästinensischen und der israelischen Delegationen für Befragungen in den Rat zu laden. Entsprechend der Länderverteilung des Gremiums hatte die Delegierte Israels von Anfang an einen schweren Stand.

Ihre Forderung nach internationaler Anerkennung der israelischen Souveränität bezüglich der internen Terrorproblematik wurde ebenso belächelt wie ihre Schilderungen über die horrenden Ausmaße, welche der Terror in ihrem Land bereits angerichtet hat. Die fingierten Todes- und Verwundetenzahlen der Palästinensischen Autonomiebehörde versuchte sie mit offiziellen Erkenntnissen zu widerlegen, die bewiesen, dass beispielsweise Leichen zu Zwecken der Vortäuschung aus Gräbern geholt wurden und Tierkadaver als getötete Zivilisten ausgegeben wurden.

Leider schienen die Delegierten des Rates nicht interessiert genug an der israelischen Schilderung der Tatsachen, um diesen Ausführungen echtes Interesse zu schenken. Die israelische Delegierte

wies ebenfalls auf die zahlreichen Vorfälle hin, bei denen Mitarbeiter internationaler "Hilfsorganisationen", wie dem Roten Kreuz, an Waffen- und Sprengstofflieferung für Terroristen beteiligt waren. Kein Wunder also, dass die israelische Regierung den Einsätzen dieser Organisationen kritisch gegenüber steht. Ein Wunder ist es allerdings, dass sie, aus rein humanitären Gründen, dieses Risiko doch immer wieder eingeht und Mitarbeiter derartiger Organisationen immer wieder ins Land lässt, wohl wissend, dass statt der Hilfe für das gebeutelte palästinensische Volk noch mehr Waffen ins Land kommen, die das nutzlose Leiden eben dieses Volkes nur noch verlängern.



Die Delegierte Israels hat ihre Rede

Die Palästinenser müssen endlich von den Mächten befreit werden, die ihr Leiden nur ausnutzen um Waffengeschäfte florieren zu lassen und von innenpolitischen Mängeln abzulenken. Der Terror, auf den diese Mächte hierfür zurückgreifen muss aufhören, im Interesse aller. Dies gelingt aber nur, wenn die Welt Israel den Rücken stärkt und es im Kampf gegen die Urheber des Terrors unterstützt.

Was die Resolution, mit der sich der Sicherheitsrat zur Zeit befasst, jedoch tut, ist genau das Gegenteil. Sie ist gegen die Leute gerichtet, die dem Terror den Krieg erklärt haben und nach etlichen zivilen Opfern endlich einen Strich gezogen und gesagt haben: "Bis hierhin und nicht weiter." Dass die Mitglieder der UN, die dem jüdischen Staat ja von jeher feindlich gesonnen sind, jede auch noch so bluttriefende arabische Diktatur der israelischen Demokratie vorziehen verwundert nicht weiter. Dass jedoch gerade die USA, die ja ihre eigenen traurigen Erfahrungen mit arabischem Terror gemacht haben, nun den Fehler machen und ihre israelischen Verbündeten im Stich lassen, dass schockiert nicht nur die israelischen Delegierten, sondern mit ihnen all diejenigen, die in ständiger Angst vor Terroranschlägen leben. Da ist es ein Schlag ins Gesicht, dass die Resolution ernsthaft die Entwaffnung der Terroristen eben den Leuten anvertraut, die ihn jahrelang gefördert und unterstützt haben. Naiver und verlogener hätten die Delegationen des Sicherheitsrats nicht handeln können. Zwar beklagten selbst die USA die propagandistische Ausschaltung der Befragung von Seiten Palästinas und schienen auch während der nächsten Resolution sein Fehlverhalten teilweise eingesehen zu haben.

Israel kommentierte den Verlauf der Befragung im Nachhinein relativ enttäuscht und niedergeschmettert. Mit so viel unbegründetem Hass auf ihr Land hätte sie nicht gerechnet und dennoch müsse man die notwendigen Schritte zur Bekämpfung des Terrors konsequent weiter verfolgen, egal was die Welt davon halte. Denn von hohlen Sympathiebekundungen der Völkergemeinschaft kann man sich auch nichts mehr kaufen, wenn das Experiment des jüdischen Staates scheitern sollte.

Generalsekretär Ben Bommert
zu oli: "Wozu brauchst du denn enie Mappe, du hast doch zwei Hände?"

Dänemark im WiSo: "Der IWF ist nicht nur dazu da, Entwicklungsländer auszubeuten."

Nordkorea schlägt Malaysia einen freundlichen Änderungsantrag in der MK vor: "Wollen sie den Absatz nicht streichen?"

Vorsitzende der MK
darauf: "Das war ja jetzt eher unfreundlich."

Israel über die Haltung der USA im SR: "Da hilft keine Lobbyingzeit mehr, da helfen nur noch Messer!"

Palästina im SR: "Kinder, Frauen, Männer ja sogar Tiere wurden abgemetzelt."

NACHRICHTEN

BONN, Deutschland

Eine Sitzungswoche verlangt den Delegierten SPUNs sehr viel ab. Sie laufen bei sommerlichen Temperaturen nicht in Hawaiihemden, sondern Anzügen und Kostümen durch die Gegend, kämpfen sich durch Debatten, Änderungsanträge und namentliche Abstimmungen und wenn es gerade halbwegs gut aussieht, legt jemand sein Veto ein...

Doch einen ficht das alles nicht an. Noch nicht mal die Verteilung der SPUN-Tagungen auf zwei Häuser kann SPUN-Generalsekretär Ben Bommert auf seiner immerwährenden Suche nach der Sonne in den Herzen bremsen. Nein, laufen kann sich ein Generalsekretär zwischen zwei Ausschüssen nicht leisten und deshalb fand Ben seinen treuesten Begleiter auf der Sitzungswoche: Das "G-Mobil". Mit diesem schnuckeligen Gefährt flitzt er ständig zwischen Haus Venusberg und JGH hin und her und erreicht dabei Geschwindigkeiten, die die Gesichter der verblüfften Bauarbeiter und Senioren während der Flugzeit von 2,4 Sekunden hinter den Scheiben vorbeizischen lässt. Er kann ihre erstaunten Rufe nicht hören: **It's a bird! It's a plane! NO, it's SUPER-BEN!**

Wieder im Haus Venusberg angekommen, hetzt "Ben The Gen" direkt in seine Einsatzzentrale, die er liebevoll "G-Punkt" getauft hat, wo er sofort mit klaren Anweisungen die Schar seiner G-Hilfen beschäftigt: "G weg!", "G-Online", oder "G mein Mobil tanken!"



Blaues Auge für Double-U

CRAWFORD, Texas

George W. hat ein Problem. Am Dienstag verurteilte der beste und einzige amtierende US-Präsident bevorzugte Kredite für Manager von Großunternehmen. Heute stellte sich heraus, dass George diese Methoden aus Erfahrung gut findet. In den 80er Jahren bekam er selbst von seiner damaligen Firma Harken Energy Corp 180.000 Dollar Kredit mit deutlich günstigeren Zinsen. Die Außenstelle der US-Regierung bestätigte in Washington, die Kredite seien "völlig angemessen". Auch Präsidenten bräuchten mal ein wenig Kleingeld.

ANKARA, Türkei

Turmoil in Turkey: In der aktuellen Regierungskrise gehen dem kranken Premierminister Bülent Ecevit die Minister reihenweise flöten. Heute traf es das Außenministerium: Ressortchef Ismail Cem verkündete seinen Abschied. Er ist damit Nr. 8 auf der anscheinend nach oben offenen Ministerskala. Wirtschaftsminister Kemal Dervis kündigte zunächst, ließ sich dann aber doch noch zum Bleiben überreden. Damit werden es täglich weniger Leute, die sich um den kranken Ecevit kümmern könnten.

BONN, Deutschland

Die Vorsitzenden der AK entschuldigen sich aus tiefstem Herzen für ihr alkohol-induziertes Fehlverhalten bei ihrem Ausschuss.

SEOUL, Republik Korea

Der südkoreanische Präsident Kim Dae Jung hat seine halbe Regierung entlassen. Neben 6 Ministern wurde auch Ministerpräsident Lee Dan Hong aus dem Amt entfernt. Nach dem Seegefecht mit Nordkorea im Gelben Meer vor 10 Tagen waren Rufe nach einem Rücktritt des Verteidigungsministers Kim Dong Shin laut; nun stürzte gleich das halbe Kabinett. Die Umbildung gilt als vertrauensbildende Maßnahme für die anstehenden Präsidentenwahlen im Dezember. Die Regierung Kim hatte durch zwei Finanzskandale deutlich an Zustimmung in der Bevölkerung verloren; auch seine Partei wurde bei den letzten Kommunalwahlen schwer gebeutelt.



NEW YORK, USA

Die USA zeigen Kompromissmöglichkeiten in der Debatte um den Internationalen Strafgerichtshof. Nach schärfster Kritik ihrer kanadischen Verbündeten werde nun die Möglichkeit einer zwölfmonatigen Immunität mit Option auf Verlängerung durchdacht. Die Befürworter des IstGH zeigten sich jedoch auch mit diesem Vorschlag enttäuscht, da er noch immer die Ziele des IstGH untergrabe.